



Mythen und Wahrheiten zum Thema Mindestsicherung*

Mindestsicherungssysteme gelten im Spektrum der Sozialleistungen als "unterstes soziales Netz" und als jene monetäre Leistungen, die all jenen, denen keine anderen Einnahmen bzw. Leistungen zur Verfügung stehen, einen dem Lebensstandard des jeweiligen Landes angemessenen bescheidenen Lebensstil jenseits der Armutsgrenze ermöglichen sollen.

Zahlreiche europäische und internationale Deklarationen, Konventionen und Verträge schreiben das Recht auf Einkommen, Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und den Respekt vor der menschlichen Würde fest. Dazu gehört auch das Recht auf monetäre Mindestsicherung, wie es u.a. in den folgenden Dokumenten vorgesehen ist:

- UN-Menschenrechts-Deklaration 1948, Artikel 25
- Empfehlung des Europäischen Rates vom 24. Juni 1992 92/441/EEC
- EU Grundrechts Charta: Artikel II-94.3

Immer wieder wird in Diskussionen rund um verschiedene Systeme monetärer Mindestsicherung die Sorge des Missbrauchs geäußert.

Mindestsicherungsleistungen würden den Anreiz, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, verringern, die Bezahlung angemessener Löhne würde dadurch erschwert, die Volkswirtschaft beschädigt.

Im Folgenden sollen einige der häufig vorgebrachten Argumente gegen die Einführung bzw. Verbesserung von Mindestsicherungssystemen als Mythen entkräftet werden.

Zahlreiche nationale und internationale Studien und Erfahrungen zeigen, dass angemessene Mindestsicherungssysteme nicht die befürchteten negativen Auswirkungen mit sich bringen, sondern im Gegenteil dazu beitragen, jene individuellen und gesellschaftlichen Kosten zu reduzieren, die durch Armut entstehen.

* Der vorliegende Text basiert auf dem im Rahmen der EAPN-Minimum-Income-Kampagne publizierten Papier „Minimum Income – Myths and Realities“, das von John Veit-Wilson, Soziologe an der University von Newcastle upon Tyne, verfasst wurde.
Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Michaela Moser, Die Armutskonferenz

1. Der Abstandsmythos

Eine hohe Mindestsicherung reduziert den Anreiz zur Arbeit, weil der Abstand zwischen Sozialleistung und Mindestlohn zu klein wird. Dadurch wird Faulheit unterstützt und die Zahl der Erwerbslosen erhöht.

Die Vorstellung, dass sich ein Großteil der Betroffenen auf Basis von rein rechnerischem Kalkül bewusst zwischen der Aufnahme einer Erwerbsarbeit und dem Bezug einer Sozialleistung entscheidet, konnte bisher durch keine empirische Studie belegt werden. Vielmehr zeigt die Realität, dass ein Großteil derer, die einer Erwerbsarbeit nachgehen können, dies auch wollen und auf der Suche nach einer Beschäftigung sind, die sie mit einem ausreichenden Einkommen versorgt, um sich selbst und ihre Familien vor einem Leben in Armut zu bewahren.

Viele Menschen finden derzeit aufgrund ihres Alters (zu jung oder zu alt), Krankheit, Behinderung oder wegen familiärer Betreuungspflichten keinen Arbeitsplatz und sind deshalb auf Sozialleistungen angewiesen.

Gleichzeitig werden - vor allem von vielen Frauen - gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten geleistet, die nicht bezahlt werden, wie beispielsweise die Betreuung von Kindern und kranken oder älteren erwachsenen Angehörigen.

Regierungen, denen es um die soziale Teilhabe aller geht, müssen garantieren, dass Erwerbseinkommen und Sozialleistungen allen ein würdiges Leben ermöglichen. Gelingt es einer Gesellschaft nicht, ein adäquates Einkommen für alle zu sichern und Armut zu vermeiden, schadet dies nicht nur den unmittelbar Betroffenen. Es produziert auch Kosten für die Gesellschaft und die Wirtschaft, z.B. durch schlechte Gesundheit und den Verlust von Erwerbspotential.

Die gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen eines Lebens in Armut machen es meist noch schwieriger, eine Erwerbsarbeit zu finden. Eine angemessene Mindestsicherung sorgt dafür, dass Hindernisse überwunden werden und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden kann.

2. Der Missbrauchsmythos

Eine höhere Mindestsicherung führt zu verstärktem Missbrauch und macht das System unverwaltbar bzw. den Vollzug unmöglich.

Britische Studien haben belegt, dass ein Großteil fehlerhafter Auszahlungen in den Sozialhilfesystemen durch Verwaltungsfehler und nicht durch Missbrauch entsteht. Oft werden Fehler von den zuständigen MitarbeiterInnen verursacht, weil das System so kompliziert ist, dass nicht einmal diese alles richtig machen können und anspruchsberechtigte Personen häufig weniger Mittel bekommen als ihnen eigentlich zustehe. Wegen der administrativen Komplexität und dem Mangel an Informationen und Beratung und aufgrund der Beschämungserfahrungen, die mit dem Bezug von Sozialleistungen verbunden sind, nehmen auch in Österreich viele Menschen die ihnen zustehenden Leistungen der Sozialhilfe nicht in Anspruch. Sie wissen nicht, worauf sie Anspruch haben oder schämen sich, um Unterstützung zu bitten.

Wenn es in einzelnen Fällen tatsächlich zu unberechtigten Ansprüchen kommt, hat das nicht notwendig mit betrügerischen Absichten zu tun. Oft handelt es sich



um Fehlinformationen, oder der Grund liegt darin, dass den betroffenen Personen schlicht zu wenig Geld zum Leben bleibt. Die Effizienz der armutsbekämpfenden Wirkung von Sozialhilfesystemen kann sicherlich nicht durch stärkere Kontrollen erhöht werden. Sie muss vielmehr durch höhere Beträge, einfacheren Zugang, mehr Information und besser geschultes Personal erreicht werden.

3. Der Wettbewerbsmythos

Höhere Sozialleistungen führen zu steigenden Lohnforderungen, die sich Unternehmen nicht leisten können. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Sozialleistungen reduziert werden.

Dieses Argument beruht auf einer stark simplifizierten ökonomischen Theorie. Ein Blick auf die Mitgliedsländer der EU zeigt, dass es durchaus wettbewerbsfähige Länder mit hohem Lohnniveau, weniger Ungleichheit und besseren Sozialleistungen gibt.

ArbeitnehmerInnen sollten immer adäquat entlohnt werden, Arbeitslöhne dürfen nicht unter der Armutsgrenze liegen. Zudem stellt sich die Frage, warum ausgerechnet NiedriglohnbezieherInnen die Last der Verantwortung für die positive Entwicklung der Volkswirtschaft tragen sollten. Wenn die Erhöhung ihrer Löhne ökonomische Konsequenzen hat, sollten diese Kosten von jenen getragen werden, die über die meisten Ressourcen verfügen, und nicht von jenen, die ohnehin am wenigsten verdienen. Wenn Unternehmen tatsächlich keine adäquaten Löhne bezahlen können, sollte nicht an den NiedriglohnbezieherInnen, sondern bei den BezieherInnen hoher Löhne gespart werden.

Gerechte Steuern auf Einkommen und Gewinne müssen dafür sorgen, dass dem Staat genug Mittel bleiben, um qualitätvolle soziale Infrastruktur zu sichern. Gute Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung, qualitätvolle Kinderbetreuungsangebote, gut ausgebauter und leistbarer öffentlicher Verkehr etc. leisten einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität aller.

4. Der Globalisierungsmythos

Höhere Mindestlöhne sind in einer globalisierten Welt nicht möglich. In Konkurrenz mit Billiglohnländern würden höhere Löhne zur Absiedelung von Betrieben und zum Niedergang der heimischen Wirtschaft führen.

Der globale Wirtschaftswettbewerb ist ein komplexes Phänomen, das weit über den unmittelbaren Lohnvergleich hinausgeht.

Wer Güter und Dienstleistungen konsumiert, muss die entsprechenden Preise bezahlen. Diese müssen so kalkuliert werden, dass sie einen angemessenen Lohn und gute Bedingungen für ArbeitnehmerInnen enthalten.

Was in Asien ein guter Lohn sein kann, reicht in Europa zum Leben nicht aus. Ein direkter Lohnvergleich macht für europäische ArbeitnehmerInnen, die hier in Europa ihr Leben bestreiten müssen, deshalb keinen Sinn. Außerdem kann ein Großteil der am geringsten entlohnten Jobs in Europa ohnehin nicht in andere Länder exportiert werden, weil sie in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor angesiedelt sind.



Die Kalkulationen, die Unternehmen im globalisierten Wettbewerb durchführen, basieren nicht einfach auf den Lohnkosten und damit der Produktion in einem bestimmten Land, sondern auf komplexen und artifiziellen Berechnungen der Preise, zu denen Güter und Dienstleistungen verkauft werden können. Die Kalkulationen werden dabei auf eine Weise erstellt, die vor allem dazu dient, die Löhne in den produzierenden Ländern zu drücken, Steuerzahlungen zu reduzieren und damit Profite zu steigern.

Solcherart Preispolitik darf nicht dazu herangezogen, werden existenzsichernde Löhne als unwirtschaftlich zu diskreditieren.

Im Sinne globaler Armutsbekämpfung muss unser Bemühen vielmehr dahin gehen, die allgemeinen Standards global zu erhöhen, anstatt sie allerorts zu reduzieren. Europäische Standards für angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen sollten als Beispiele guter Praxis für andere Länder dienen.

5. Der „Wir-können-uns-das-nicht-leisten“Mythos

Weil Staatshaushalte bereits verschuldet sind, sind Mindestsicherungssysteme nicht finanzierbar.

Regierungen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass allen jene Ressourcen und Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die notwendig sind, um an der Gesellschaft umfassend teilhaben und diese mitgestalten zu können.

Jede Regierung kann sich ein angemessenes Mindestsicherungssystem leisten, wenn sie die dafür notwendigen Einnahmen kalkuliert und hohe Einkommen und Vermögen von reichen Personen und profitablen Unternehmen entsprechend besteuert.

Die entscheidende Frage ist also, in welchem Interesse eine Regierung ihre Budgets erstellt: im Dienste der ganzen Bevölkerung oder im Interesse wohlhabender BürgerInnen und führender Unternehmen?

6. Der „Kinder-brauchen-erwerbsarbeitende-Vorbilder“-Mythos

Kinder, deren Eltern Sozialleistungen beziehen, bekommen ein schlechtes Beispiel von einem bequemen Leben, in dem es Geld ohne Leistung gibt.

Dass Kinder das Vorbild tätiger Erwachsener brauchen, ist nicht zu bestreiten. Arbeit besteht jedoch nicht nur in bezahlter Erwerbsarbeit. Unsere Gesellschaft muss endlich den Wert unbezahlter Sorgearbeit, z.B. in der Kindererziehung, erkennen und wertschätzen.

Das beste Vorbild, das Kindern gegeben werden kann, besteht darin, ihnen zu zeigen, dass jede und jeder jenen Beitrag zur Gesellschaft leisten soll, den er oder sie am besten leisten kann.

In einer Gesellschaft, die nicht allen arbeitswilligen Erwachsenen einen anständigen bezahlten Job garantiert kann, und in einer Medienwelt, die die Sehnsucht nach dem großen Gewinn durch Glücksspiel oder Erbschaften nährt und steuerflüchtige HöchstverdienerInnen als Celebrities feiert, ist es zynisch, ein auf Erwerbsarbeit reduziertes Leistungsbewusstsein zu fordern



DIE ARMUTSKONFERENZ.

Mythen und Wahrheit zur Mindestsicherung, Mai 2009

7. Der Abhängigkeitsmythos

Eine angemessene und zeitlich unbegrenzte Mindestsicherung würde nur zur Abhängigkeit von Sozialleistungen führen und die Betroffenen inaktiv machen.

Es gibt keine empirischen Belege dafür, dass adäquate Sozialleistungen zu Abhängigkeit führen und inaktiv machen. Der beste und gerechteste "Test" im Hinblick auf die Arbeitswilligkeit einer Person ist es, ihr oder ihm einen wirklich sicheren und anständig bezahlten Job mit Perspektive anzubieten.

Sozialleistungen, die wie in den USA, nur zeitlich begrenzt ausbezahlt werden, steigern die Armut von Familien, deren Bedürfnisse ja nicht zeitlich begrenzt sind.

Es ist grausam, erwerbsarbeitslose Menschen und ihre Familien zu bestrafen, wenn nicht genug passende und anständig bezahlte Jobs zur Verfügung gestellt werden können.

Regierungen, die ihre BürgerInnen in die Erwerbsarbeit bringen wollen, müssen sicher stellen, dass es genug anständig bezahlte und sichere Jobs mit Perspektive gibt, die deren Fähigkeiten entsprechen und ihnen Weiterentwicklung ermöglichen. Zudem ist ein ausreichendes Angebot an qualitativvoller Kinderbetreuung zu sichern.

Alle Menschen sind von anderen abhängig. Interdependenz ist die Basis sozialen Lebens - überall und jederzeit. Es ist ignorant, vorzugeben, dass nur SozialhilfeempfängerInnen abhängig sind, wenn quer durch die Gesellschaft alle anderen Menschen genauso oder vielleicht sogar stärker von anderen SteuerzahlerInnen abhängig sind.

In einigen EU-Ländern bezahlen Menschen im Niedrigeinkommenssektor mehr an direkten und indirekten Steuern als Menschen in hohen Einkommensgruppen. Deren bequemes Leben wird von den Steuern der armutsgefährdeten Personen mitfinanziert, die zudem auch in vielen Fällen die Drecksarbeit für sie erledigen (müssen).

8. Der Individualisierungsmythos

Hohe Mindestsicherungsleistungen würden eine individualistische Gesellschaft fördern und Solidarität zerstören.

Es gibt keine empirische Evidenz, dass ein adäquates Haushaltseinkommen ein verantwortliches Miteinander erschwert oder zu Individualisierung führt. Wenn dies so wäre, dann hätte es längst zu einem Kollaps der westlichen Industriegesellschaften geführt, wo der Großteil der Haushalte ein adäquates Einkommen hat.

Diese Aussage basiert selbst auf einer individualistischen Philosophie, die Angst vor einer inklusiven Gesellschaft hat, in der solidarisch dafür gesorgt wird, dass kein Haushalt ohne die für Teilhabe notwendigen Ressourcen leben muss.



9. Der Eigenverantwortungsmythos

Mindestsicherungsleistungen sind entwürdigend, da sie das Vertrauen an die eigenen Fähigkeiten und die Notwendigkeit der Eigenverantwortung untergraben. Das Armutsproblem wird damit nur verdeckt.

Niemand kann wirklich frei leben, wenn es an den notwendigsten Ressourcen fehlt. Armut bedeutet einen Mangel an Verwirklichungschancen und Möglichkeiten, sich voll am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und respektiert zu werden. In modernen Konsumgesellschaften ist Geld eine zentrale Ressource, die alle brauchen, um in vielen Lebensbereichen teilhaben zu können und respektiert zu werden.

Entwürdigend ist es vor allem, wenn Menschen, die mit niedrigstem Einkommen leben, von jenen, die mehr als genug haben, darüber belehrt werden, wie ein bescheidener Lebensstil möglich sei.

Das Problem der Einkommensarmut wird auch nicht verdeckt, wenn alle genug Geld zum Leben haben – es wird abgeschafft. Andere Probleme, wie z.B. die gesellschaftliche Ausgrenzung, werden dadurch jedoch nicht verschwinden und müssen mit anderen Maßnahmen bekämpft werden.

10. Der Verschwendungsmythos

Hart verdientes Geld wird weniger leichtfertig ausgegeben als geschenktes Geld, SozialhilfeempfängerInnen geben ihr Geld irrational aus (z.B. für Kindergeburtstage), Mindestsicherungsleistungen werden nicht effizient genutzt.

Die Möglichkeit, eigenes Geld nach eigenem Gutdünken auszugeben, gehört zu den essentiellen Freiheiten unserer kommerzialisierten Marktgesellschaft.

Niemand, weder reich noch arm, lässt sich gerne von andern sagen, wie er oder sie das eigene Geld ausgeben soll.

Was einer Person irrational erscheint, ist für eine andere ganz logisch. Eltern wollen normalerweise das Beste für ihre Kinder, auch wenn sie selbst dafür Opfer bringen müssen.

Menschen, die genug Geld haben, um sich sowohl das Notwendige als auch einigen Luxus zu leisten, haben kein Recht, jene, die kaum genug zum Leben haben, dafür kritisieren, dass sie z.B. versuchen, ein wenig Freude in das Leben ihrer Kinder zu bringen.

Immer noch ist zu empfehlen, was der Armutsforscher Benjamin Seebohm Rowntree bereits 1923 vorschlug, nämlich, dass jene, die armutsbetroffene Menschen für verschwenderische Ausgaben kritisieren, zuerst ihre eigenen Haushaltsbudgets genau jenem eisernen Regime unterwerfen sollen, das sie anderen empfehlen.

Kontakt und weitere Informationen:

DIE ARMUTSKONFERENZ.

Gumpendorferstr. 83, 1060 Wien

e-mail: office@armutskonferenz.at

www.armutskonferenz.at - www.mindestsicherung.at

